

**Ausschussdrucksache**

(22.02.2019)

**Inhalt:**

E-Mail Frau Petra Paulsen, Lehrerin und Autorin vom 21. Februar 2019

hier:

**Stellungnahme und Absage der Teilnahme an der Anhörung  
zum Gesetzentwurf der Landesregierung Sechste Änderung des  
Schulgesetzes des Landes M-V (Drs. 7/3012)**

**Behnke, Jana**

---

**Von:** Petra Paulsen <Petra.Paulsen@web.de>  
**Gesendet:** Donnerstag, 21. Februar 2019 19:42  
**An:** - pa7mail (Bildungsausschuss)  
**Betreff:** Aw: Einladung Öffentliche Anhörung Schulgesetz  
**Anlagen:** Stellungnahme Mecklenburg-Vorpommern.pdf

**Öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/3012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund meiner unterrichtlichen Verpflichtung kann ich der Einladung zur Anhörung in obiger Angelegenheit am 27. Februar 2019 persönlich nicht folgen, weswegen ich hiermit im Anhang eine schriftliche Stellungnahme einreiche.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Paulsen

**Gesendet:** Montag, 28. Januar 2019 um 07:04 Uhr  
**Von:** "- pa7mail (Bildungsausschuss)" <Bildungsausschuss@landtag-mv.de>  
**An:** "'petra.paulsen@web.de'" <petra.paulsen@web.de>  
**Betreff:** Einladung Öffentliche Anhörung Schulgesetz

Sehr geehrte Frau Paulsen,

im Auftrag des Vorsitzenden senden wir Ihnen anliegendes Einladungsschreiben. Das Original befindet sich auf dem Postweg.

Mit freundlichem Gruß

Jana Behnke

---

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Bürosachbearbeiterin im Sekretariat des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
Lennéstraße 1, Schloss Schwerin  
19053 Schwerin  
Telefon 0385/525 1571  
Telefax 0385/525 1575

**Mecklenburg**  
**Vorpommern**   
Landtag

**Petra Paulsen**

Wiesengrund 13  
23843 Travenbrück  
Mobil 0157 542 15 395  
petra.paulsen@web.de

An den  
Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
- Bildungsausschuss -  
Lennéstr. 1 (Schloss)

19053 Schwerin

20. Februar 2019

**Öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/3012**  
**Schriftliche Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine langjährigen Erfahrungen als ausgebildete Gymnasiallehrerin beziehen sich sowohl auf die Sekundarstufe I und II an einer inklusiv arbeitenden Stadtteilschule im Ganztagsunterricht in Hamburg. Ich unterrichte Schüler ganz unterschiedlicher Kulturkreise, Ethnien und Sozialisation. Es sind Kinder und Jugendliche mit vielfältigen und vielschichtigen Schicksalen und Problemen wie z.B. Flucht- und Gewalterfahrung, Tod eines Elternteils, (Wohlstands-)Verwahrlosung, Scheidung der Eltern, Sprachdefiziten, Mobbing Erfahrungen sowie körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen. Es sind Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in ganz unterschiedlichen Bereichen. Und dann ist da noch die Gruppe der Schüler ohne Förderbedarf, die der ganz normalen Schüler. Die Schere der Leistungsbereitschaft dieser jungen Menschen ohne Handicap geht von einer Null-Bock-auf-alles-Haltung über den Anspruch auf Entertainment durch den Lehrer sowie ein normales Lernverhalten bis hin zur Hochbegabung auseinander.

Alles in allem klingt das nicht nur nach ganz viel Arbeit. Das *ist* in der Tat jede Menge Arbeit! Dabei häufen sich gerade in letzter Zeit Brandbriefe und Überlastungsanzeigen von Lehrern.<sup>1 2 3</sup> Ganz aktuell kam gerade aus Niedersachsen ein Hilferuf wegen Überlastung durch Inklusion.<sup>4</sup> Rund ein Drittel der Lehrer leiden schon heute unter Burn-out-Symptomen, was der höchsten Rate aller Berufe entspricht.<sup>5</sup> Wen mag das bei den zahlreichen Aufgaben, die dieser Berufsgruppen in den letzten Jahren neben ihrer eigentlichen Aufgabe der Wissensvermittlung zusätzlich aufgebürdet wurden, noch wundern? So werden Lehrer zunehmend zu Verwaltungskräften, Dokumentationsassistenten, Psychotherapeuten und Lebensberatern.

Laut Änderung von §4 Absatz 2 des Schulgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern sind „[...] Schule und Unterricht [...] auf gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler auszurichten. Unter-

---

<sup>1</sup> <https://www.news4teachers.de/2018/03/hunderte-von-schulen-schicken-brandbriefe-und-ueberlastungsanzeigen-an-lorz-und-der-antwortet-nicht-mal/>

<sup>2</sup> <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/zuwanderung-lehrer-aus-halle-schicken-haseloff-brandbrief>

<sup>3</sup> [https://www.saarbruecker-zeitung.de/politik/themen/lehrer-brandbrief-schlaegt-hohe-wellen\\_aid-6945051](https://www.saarbruecker-zeitung.de/politik/themen/lehrer-brandbrief-schlaegt-hohe-wellen_aid-6945051)

<sup>4</sup> <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Inklusion-Hannovers-Gesamtschulen-schlagen-wegen-Ueberlastung-Alarm>

<sup>5</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bildung/lehrkraefte-burn-out-im-klassenzimmer-1.4133594>

*richt knüpft an den individuellen Lernausgangslagen und Entwicklungsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler an und fördert diese auf der Grundlage innerer oder äußerer Differenzierungsmaßnahmen. Individuelle Förderung ist Aufgabe jeder Schulart.[...]“.* So oder ähnlich steht es auch in den Schulgesetzen der anderen Bundesländer. Oft erweist sich dieser Gesetzestext hinsichtlich der individuellen Förderung jedoch als illusorisch, was ich als Mutter selbst erlebt habe.

Bundesweit gab es jahrelang gute Erfahrungen mit der integrativen Beschulung von Schülern mit besonderen Beeinträchtigungen an Regelschulen neben den Förderschulen. Natürlich können Kinder mit körperlichen Einschränkungen am normalen Regelunterricht teilnehmen, sofern bauliche, technische und personelle Ausstattung dies zulassen. Auch Schüler mit z.B. Asperger-Autismus sind für so manche Lerngruppe aufgrund ihrer oft überdurchschnittlichen Intelligenz eine echte Bereicherung. Ebenso kann ein Migrantenkid, dem durch schulinterne Intensivkurse das Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht wird, problemlos ein Gymnasium besuchen.

Was sich die UN-Behindertenrechtskonvention bezüglich des Rechts auf inklusive Bildung von Menschen mit Behinderungen ausgedacht hat und was von deutschen Bildungsexperten am runden Tisch gesetzlich verankert wird, mag sich theoretisch zunächst gut anhören. Ohne ein gut durchdachtes Konzept, dessen gewährleisteteter Finanzierung und ohne eine ausreichend dicke Personaldecke von qualifiziert ausgebildeten und gerecht entlohnten Fachlehrern - gemeint sind hier keine Quer- und Seiteneinsteiger! - sowie Sonder- und Sozialpädagogen, Schulpsychologen, therapeutischem Personal, Schulbegleitern und Ehrenamtlichen sind der Durchführung von Inklusion an Regelschulen jedoch Grenzen gesetzt.

*Echte Inklusion* zielt darauf ab, alle Kinder, ob mit oder ohne Handicap, tatsächlich *gemeinsam* in Form von Binnendifferenzierung bei angemessener personeller Ausstattung in kleinen Klassen zu unterrichten. So helfen Schüler einander gerne, stärken dadurch ihre Sozialkompetenzen und können hierdurch voneinander lernen und wechselseitig profitieren. Ebenso haben Schüler mit einer schnelleren Auffassungsgabe aber auch das gesetzlich verbrieftete Recht, entsprechend ihrem Leistungsvermögen einen sie fordernden Unterricht zu erhalten, während leistungsschwächere Schüler vor einem ständigen Vergleich mit den leistungsstarken einer Klasse zu schützen sind. Allen gleichermaßen gerecht zu werden ist eine nahezu schier unmögliche Aufgabe. Durch die zunehmend erzieherische Aufgabe von Schule z.B. bezüglich des gegenseitigen Respekts bleibt der eigentliche Fachunterricht viel zu oft auf der Strecke. Dabei monieren Eltern von Kindern mit Förderbedarf immer wieder, dass die zugesagten Ressourcen bei ihren Kindern nicht ankommen, da Förderlehrer zunehmend als Vertretungslehrer eingesetzt werden. Und nicht selten gerät man als Lehrer ohne eine zweite Lehrkraft in eine juristische Grauzone, wenn z.B. ein Kind mit sozial-emotionaler Entwicklungsstörung einfach während des Unterrichts die Klasse oder sogar die Schule verlässt.

Die Situation an den Schulen der Hansestadt Hamburg als Stadtstaat mag gegenüber Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland an so mancher Stelle allein schon aufgrund der Bevölkerungsstruktur - im Schuljahr 2016/2017 hatten bereits 45,1% der Schüler einen Migrationshintergrund<sup>6</sup> - nicht immer direkt übertragbar sein. In Hamburg wurde jedoch völlig übereilt etwa jede zweite Förder- und Sprachheilschule geschlossen. Dies führte zu fahrenden Sonderpädagogen, die immer nur stunden- oder tageweise an den Schulen eingesetzt werden. Daneben haben sich die wenigen Förderzentren

---

<sup>6</sup> <https://www.abendblatt.de/hamburg/article214067503/So-hoch-ist-der-Migrantenanteil-an-Hamburger-Schulen.html>

als unzureichend herausgestellt, weswegen viele Lehrkräfte ein Comeback der Förderschulen fordern. Zu Recht wurde in Hamburg die Initiative *Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen* gegründet, die sich einmischt und den Bildungspolitikern zeigt, dass es so nicht geht.

Vielerorts erweist sich die gemeinsame Beschulung von Kindern ohne Einschränkungen, Kindern mit ganz unterschiedlichen Behinderungen, Flüchtlingskindern sowie Kindern mit nur geringen Deutschkenntnissen von bereits vor Jahren eingewanderten Migranten als ideologische Illusion. Darunter leiden letztendlich alle, denn auch das gehört zur Wahrheit dazu: Es gibt Kinder, die an einer Regelschule einfach nicht beschulbar sind. Schulen haben in erster Linie einen Bildungsauftrag im Lehren und Lernen zu erfüllen, sollten jedoch nicht zu Verwahranstalten verkommen. Und bevor man sich über digitale Klassenzimmer Gedanken macht: Sollten Kinder nicht zunächst einmal gute Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen erreichen? Diesbezügliche Warnungen kommen auch von etlichen Wissenschaftlern.<sup>7 8</sup> Schon heute leben bereits 7,5 Millionen funktionale Analphabeten in Deutschland<sup>9</sup> und 20 Prozent der 15-Jährigen sind zu wenig gebildet, um beispielsweise einen Beruf zu erlernen.<sup>10</sup>

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Ohne ausreichend finanzielle Mittel und einer entsprechend dicken Personaldecke bei kleiner Klassenstärke wird Inklusion nicht gelingen. Schon heute ist der Lehrermangel vielerorts dramatisch hoch. Bis zum Jahr 2025 sollen laut dem Erziehungswissenschaftler Peter Struck bundesweit rund 200.000 Lehrkräfte fehlen, die KMK spricht von jährlich rund 32.000 benötigten Lehrkräften bis 2030.<sup>11</sup> Insbesondere die Grundschulen werden von diesen Engpässen als erste betroffen sein. Zunehmend Mangelware werden aber auch Sonderpädagogen, die für gelingende Inklusion unerlässlich sind. Susanne Miller, Professorin für Grundschulpädagogik, sprach davon, dass man schnellstmöglich über Maßnahmen bezüglich des prognostizierten Lehrermangels für die kommenden Jahre diskutieren müsse, „die aber generell Notlösungen sein werden“. Zu diesen Themen hatte ich mich bereits im September 2017 in der ZDF-Sendung „Wie geht’s, Deutschland?“<sup>12</sup> gegenüber Vertretern aus der Bundespolitik geäußert.

Deutschland, das einstige Land der Dichter und Denker, fährt also mit Notlösungen im Bildungsbereich in die Zukunft. Das sind keinesfalls rosige Aussichten. Während Länder wie Singapur und Japan bei der PISA-Studie aus dem Jahr 2015 die beiden ersten Plätze belegten, lag Deutschland nur im oberen Mittelfeld. Dabei erzielten deutsche Schüler in Mathematik und den Naturwissenschaften schlechtere Ergebnisse als noch in den Jahren 2012 bzw. 2009.<sup>13</sup> Kann sich eine exportorientierte Industrienation ohne nennenswerte Rohstoffe dies für zukünftig leisten? Und auch die Tatsache, dass

---

<sup>7</sup> <https://philos-denkraum.de/2018/08/27/gertraud-teuchert-noodt-die-digitale-revolution-verbaut-unseren-kindern-die-zukunft/>

<sup>8</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/digitales-klassenzimmer-psihiater-wenn-kinder-nur-wischen.694.de.html?dram:article\\_id=412480](https://www.deutschlandfunk.de/digitales-klassenzimmer-psihiater-wenn-kinder-nur-wischen.694.de.html?dram:article_id=412480)

<sup>9</sup> <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2016-11/analphabetismus-deutschland-erwachsene-lesen-schreiben-studie>

<sup>10</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/bildungsarmut-wir-machen-irgendetwas-strukturell-falsch.680.de.html?dram:article\\_id=421345](https://www.deutschlandfunk.de/bildungsarmut-wir-machen-irgendetwas-strukturell-falsch.680.de.html?dram:article_id=421345)

<sup>11</sup> <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/laender-benoetigen-jaehrlich-rund-32000-lehrkraefte-bis-2030.html>

<sup>12</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=Z31MIMZuDvw>

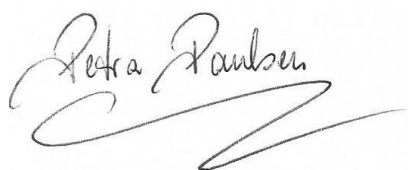
<sup>13</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/pisa-studie-2016-deutschland-erleidet-rueckschlag-14561347.html>

immer mehr Schüler das Abitur machen, kann über die seit Jahren sinkenden Leistungsanforderungen nicht hinwegtäuschen, oder um es mit den Worten von Josef Kraus, dem ehemaligen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, zu sagen: *Wenn alle Abitur haben, hat keiner Abitur*. Dabei verkommt das Abitur immer mehr zu einer Studierberechtigungsbescheinigung, die jedoch immer weniger die tatsächliche Studierfähigkeit junger Menschen widerspiegelt.

Mein Tipp: Sprechen Sie mit Lehrkräften aus der Praxis, den wahren Bildungsexperten, um sich ein umfangreiches Bild zu machen, bevor voreilige Beschlüsse getroffen werden. Sorgen Sie in Mecklenburg-Vorpommern für ein ausreichendes Bildungsangebot sämtlicher Schulformen mit hoher Durchlässigkeit, damit in einer vielfältigen Gesellschaft Eltern als mündige Bürger auch die Wahl zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen für ihre Kinder haben. Vielen Menschen steht aufgrund eines geringen Einkommens schließlich nicht wie Ihrer Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Möglichkeit offen, ihr Kind auf eine Privatschule zu geben, und sei es nur wegen des kürzeren Schulwegs. Sie als Politikerinnen und Politiker treffen Entscheidungen, die für das zukünftige Fortbestehen Deutschlands als Wirtschaftsnation und den damit verbundenen Wohlstand der hier lebenden Menschen von großer Bedeutung sind. Dabei sollten am Ende einer Schullaufbahn möglichst viele allgemein gut gebildete junge Menschen stehen, nicht jedoch Mittelmaß und Gleichmacherei. Diese Verantwortung liegt in Ihren Händen, dafür wurden Sie schließlich von den Bürgerinnen und Bürgern Ihres Bundeslandes gewählt.

Weltweit bleibt 263 Millionen Kindern und Jugendlichen der Besuch einer Schule verwehrt<sup>14</sup>, darunter 130 Millionen Mädchen<sup>15</sup> sowie 32 Millionen Kindern mit Behinderung.<sup>16</sup> In Deutschland hingegen wird bereits seit vielen Jahrzehnten das Recht auf Bildung als ein Menschenrecht gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 sowohl für Menschen mit und ohne körperliche und/oder geistige Einschränkung umgesetzt. Die von dieser supranationalen Organisation gemachten Vorgaben zwecks Etablierung auf nationaler Ebene sind meines Erachtens insbesondere dann zu hinterfragen, wenn ein Land die Anforderungen z.B. aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt bekommt. Oder werden eines Tages die Vereinten Nationen für den volkswirtschaftlichen Schaden in Deutschland durch immer schlechter gebildete Menschen zur Rechenschaft gezogen? Sorgen Sie als Politikerinnen und Politiker durch den Verzicht auf immer neue Bildungsexperimente dafür, dass Deutschland wieder zu der weltweit hochangesehenen Bildungsnation wird, die es einmal war!

Mit freundlichen Grüßen



---

<sup>14</sup> <https://www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030/263-millionen-kinder-und-jugendliche-weltweit-gehen-nicht-zur-schule>

<sup>15</sup> <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/weltmaedchentag-130-millionen-maedchen-gehen-nicht-zur-schule-a-1172269.html>

<sup>16</sup> [https://www.epo.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=14876:weltbildungstag-32-millionen-kinder-mit-behinderung-gehen-nicht-zur-schule&catid=75&Itemid=131](https://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14876:weltbildungstag-32-millionen-kinder-mit-behinderung-gehen-nicht-zur-schule&catid=75&Itemid=131)